

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/152

12. August 1971

Schimpfen ist keine Alternative

Anmerkungen zu einer schlechten Polemik

Von Manfred Schulte MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-
Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Beseitigung eines großen Ärgernisses

Steuerflüchtige werden jetzt endlich zur
Kasse gebeten

Seite 3 / 43 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 9, Heuserallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 57 - 33
Telefax: 886 646/886 947/
530048 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Schimpfen ist keine Alternative

Anmerkungen zu einer schlechten Polemik

Von Manfred Schulte MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

In CDU/CSU-Zeitungen kann man es offen lesen und die Aktionen zahlreicher CSU- und CDU-Abgeordneter bestätigen es: Der Opposition erscheint eine Berlin-Regelung, wie sie gerade jetzt verhandelt wird, von vornherein nicht als befriedigend. Denn es geht ihr nicht um den Inhalt einer Berlin-Regelung, sondern um die Ostpolitik, und da paßt ihr die ganze Richtung nicht.

Eigentlich sollte der zehnte Jahrestag der Errichtung der Berliner Mauer Anlaß dafür sein, sich einmal kritisch und nüchtern mit der Situation Berlins auseinanderzusetzen und zu überlegen, was man als Alternative zu den Berlin-Verhandlungen der Vier Mächte anbieten könnte. Die Opposition hat diese Gelegenheit bisher leider nicht wahrgenommen. Niemandem ist damit gedient, wenn die Empörung, Verzweiflung und bittere Not der Deutschen in Ost und West in den Augusttagen des Jahres 1961 wiederbelebt wird. Was wir im Jahre 1971 brauchen, ist nüchterne Analyse und eine klare Konzeption, wie es weitergehen soll.

Trefflichsten Ausdruck verleiht der rückwärtsgewandten Haltung der Opposition wieder einmal Chefredakteur Dr. Herbert Kremp in der "Welt", der so oft das in Worte faßt, was viele CSU/CDU-Politiker denken. Herr Kremp setzt sich auf seine Weise mit der nüchternen Darstellung des Bundeskanzlers im "Stern" über die Ereignisse vor und nach dem 13. August 1961 auseinander. Und woran reibt sich Herr Kremp? Er bedauert die massiven Anklagen gegen die damalige Regierung Adenauer, aber er hat nichts dagegen vorzubringen. Umso mehr beklagt er, daß man angeblich aus dem Artikel herauslesen könne, der Osten sei an nichts, der Westen an allem schuld. O heilige Einfalt, kann der Mann nicht

lesen? Weshalb hat denn Willy Brandt als damaliger Regierender Bürgermeister von Berlin die Westmächte zu Protesten und Aktionen gedrängt? Der Artikel des Bundeskanzlers ist die Aufzeichnung eines Mannes, der 1961 versucht hat, etwas zu tun und nicht bloß klagend die Ereignisse zu bedauern. Sehr prägnant hatte damals das Schwesterblatt der "Welt", die "Bild-Zeitung", die Situation dargestellt:

"Wenn es eine Vertrauenskrise gab und noch gibt, dann zwischen Bevölkerung und Bundeskanzler. Adenauers Erklärungen über Berlin und die Zone wirkten wie innenpolitische Pflichtübungen. Wie Bekenntnisse eines bewegten Menschen klangen sie gewiß nicht. Bekenntnisse dieser Art sprachen andere aus, Willy Brandt zum Beispiel - oder Ernst Lemmer oder Eugen Gerstenmaier".

"Bild" war es auch, das die Schlagzeile brachte: "Der Westen tut NICHTS! Präsident Kennedy schweigt... Macmillan geht auf die Jagd... und Adenauer schimpft auf Willy Brandt", und im Kommentar hieß es dazu: "Adenauer, der greise Kanzler, spielt Wahlkampf. In einer der schwersten Situationen deutscher Geschichte bringt es der Kanzler fertig, seinen politischen Gegner Brandt persönlich zu beleidigen. Das ist nicht nur unfair. Das ist - man muß es leider sagen - das Eingeständnis, daß er im Augenblick nicht über den Schatten der engstirnigen Parteipolitik springen kann".

So lautete es damals bei den Freunden von Herrn Kremp. Willy Brandt heute als Bundeskanzler Vorwürfe zu machen, Herr Kremp, heißt doch, eine wichtige Seite im Buch unserer Zeitgeschichte zu verfälschen!

(-/ee/12.8.1971/ks)

Beseitigung eines großen Ärgernisses

Steuerflüchtige werden jetzt endlich zur Kasse gebeten

Auf dem Saarbrücker Parteitag der SPD hat der damalige sozialdemokratische Bundesfinanzminister Dr. Alex Möller auch auf das Problem der Steuerflucht als einer schwelenden Wunde unserer Gesellschaft und als ein ständiges Ärgernis für ehrliche Steuerzahler hingewiesen. Er bezog sich dabei auf jene Leute, die sich für besonders geschickt hielten und stolz darauf waren, in Deutschland keine Steuern zu entrichten. Es störte sie nicht, daß unsere Bürger mit ihren Steuern, die für sie oft Opfer sind, die Lebensfähigkeit der Bundesrepublik sichern. Möller bewertete diese Steuerflucht für das Gemeinwohl unerträglich. Durch starken Beifall stimmten die Parteitags-Delegierten mit dieser Charakterisierung überein.

Als Oasensteuerland bevorzugten die Steuerflüchtigen vor allem die Schweiz. Sie gründeten sogenannte Briefkasten-Firmen - an weit über 10.000 soll es geben - oder sie nahmen ihren Wohnort in der Schweiz und bezogen Einkommen und Vermögen auch weiterhin aus der Bundesrepublik, ohne dafür dort Steuern zu entrichten. Der hessische SPD-Ministerpräsident Osswald schätzte die Steuersumme, um die der Staat betrogen wurde, allein für das Jahr 1970 auf vier Milliarden DM. Diesem Skandal ist nun durch das jetzt unterzeichnete Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Schweiz ein Ende gesetzt worden.

Die von Alex Möller intensivierten Bemühungen tragen jetzt ihre Früchte. Ab 1. Januar nächsten Jahres werden deutsche Steuerflüchtlinge ebenso stark belastet wie es in der Bundesrepublik der Fall ist, zumindest solange sie nicht der vollen schweizer Besteuerung unterworfen sind. Ein Doppelwohnsitz zahlt sich steuerlich nicht mehr aus. Das gilt auch für die Erwerbung von Grundbesitz in der Schweiz, für den künftig die in der BRD fälligen Steuern zu entrichten sind. Wer für die Dauer in die Schweiz übersiedelt, kommt erst nach fünf Jahren in den Genuß der billigeren schweizer Steuersätze. Bis dahin unterliegt er den deutschen Steuersätzen wie jeder andere deutsche Staatsbürger auch.

Dieses Abkommen mit der Schweiz beseitigt mehr als ein Ärgernis, es beendet einen unerträglich gewordenen Zustand und stellt die Steuergerechtigkeit auf diesem Gebiet wieder her, ohne daß davon die wirtschaftlichen Beziehungen und der Kapitalverkehr zwischen beiden Ländern beeinträchtigt werden. Was vorher die CDU/CSU-geführten Bundesregierungen nicht zustande brachten, oder nicht zustande bringen wollten, ermöglichte die sozialliberale Koalition. Dies ist gewiß ein bedeutender Pluspunkt in ihrer bisherigen Erfolgsbilanz.

(ae/ex/12.8.1971/ks)